

Noizen

Ende Juni gab der brasilianische Theologe *Leonardo Boff* bekannt, daß er sein Priesteramt aufgeben und den Franziskanerorden verlassen wird. In einem Brief an seine „Reisegefährten auf dem Weg der Hoffnung“ begründete Boff seinen Entschluß mit den gegen ihn ausgeübten Sanktionen und Pressionen der Kurie. Obwohl er sich kooperativ gezeigt und jeweils alle römischen Auflagen erfüllt habe, seien neue Maßnahmen gegen ihn ergriffen worden. Boff warf dem kirchlichen Lehramt bzw. der vatikanischen Glaubenskongregation im Rückblick auf seine Erfahrungen in den letzten zwanzig Jahren Grausamkeit und Unbarmherzigkeit vor. Sein Fazit: „Ich habe das Gefühl, als würde ich vor einer Mauer stehen. Ich kann nicht mehr vorwärts. Aber ein Nachgeben würde bedeuten, daß ich meine persönliche Würde opfere und den Kampf so vieler Jahre aufgebe.“ Er werde, so Boff, auch weiterhin für das Reich Gottes kämpfen, das mit den Armen beginne, sich um die Befreiung der Unterdrückten bemühen und leidenschaftlich für das Evangelium eintreten.

In der traditionellen *Grußbotschaft an den Papst* anlässlich des Festes Peter und Paul äußerte sich der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, *Bartholomaios I.*, undiplomatisch-offen zum katholisch-orthodoxen Verhältnis, das sich derzeit in einer schwierigen Phase befindet. Der Patriarch wies darauf hin, daß das Problem der mit Rom unierten Ostkirchen keine „sachfremden und ungerechten Vereinfachungen“ erlaube. Die katholische Kirche solle in ihrem eigenen Interesse wie in dem des katholisch-orthodoxen Dialogs anerkennen, daß keine Methoden im katholisch-orthodoxen Verhältnis Platz greifen dürften, die nicht nur schon früher von der Geschichte verurteilt worden seien, sondern sich auch nicht mit der Ekklesiologie der Schwesterkirchen verträgen. Das Ökumenische Patriarchat seinerseits werde weiterhin mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den orthodoxen Kirchen dabei behilflich sein, die Hindernisse für den weiteren katholisch-orthodoxen Dialog aus dem Weg zu räumen.

Ende Juni fand in Mainz das sechste Treffen zwischen Vertretern der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Bischofskonferenz und den Sprechern der Arbeitsgemeinschaften theologischer Disziplinen im deutschen Sprachraum statt. Diese Treffen entstanden als Reaktion auf die „Kölner Erklärung“ vom Januar 1989 und haben bisher einen wichtigen Beitrag für die Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses zwischen Universitäts-theologie und bischöflichem Lehramt im deutschen Sprachraum geleistet. Nach dem jüngsten Treffen wurde betont, die Existenz *katholisch-theolo-*

gischer Fakultäten an den Universitäten stehe nicht zur Disposition. Die Teilnehmer des Mainzer Treffens befürworteten außerdem die Erstellung einer Liste von *Gutachtern*, die den Apostolischen Nuntius sowie die Ortsbischöfe bei der Erteilung der kirchlichen Lehrerlaubnis für Theologieprofessoren unterstützen sollen.

An dem im kommenden Schuljahr beginnenden Modellversuch „Lebensgestaltung – Ethik – Religion“ an den Schulen des Landes Brandenburg wird sich die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg nach längeren Beratungen nun doch beteiligen. Die Vereinbarungen mit Bildungsministerin *Marianne Birthler* sehen vor, daß die Kirche zunächst an 20 der 44 für den Modellversuch ausgewählten Schulen mitwirkt. Dabei werden Vertreter der Kirche sowohl in die inhaltliche wie organisatorische Planung einbezogen. Das Anliegen des in seiner Verfassungsgemäßheit umstrittenen und in den neuen Bundesländern einmaligen Modellversuchs ist es nach Aussagen der Bildungsministerin, Kinder und Jugendliche nicht in Gruppen von Christen und Nichtchristen zu teilen, sondern ein gemeinsames Gespräch über wichtige Lebensfragen zu ermöglichen.

Als Teil der *Friedensbewegung* keinen angemessenen Umgang mit dem Krieg im zerfallenden Jugoslawien zu haben, räumte die deutsche Sektion von *Pax Christi* in einer Erklärung des Präsidiums ein. Mit Ohnmacht erlebe die Friedensbewegung die ungezügelte Aggressivität ohne legitimen Souverän. Weiter ruft die Erklärung zu einem monatlichen Tag des Betens und Fastens angesichts des Balkankonfliktes auf, um so zu erkennen, welche Zeichen der Wachsamkeit und des Handelns notwendig seien. Zugleich wird auch auf die zahlreichen Aktionen der Friedensbewegung zugunsten von Flüchtlingen hingewiesen.

Der Generalsekretär des ökumenischen Rates der Kirche, *Emilio Castro*, und der Vorsitzende des Zentralausschusses des ÖRK, *Aram Keshishian*, haben öffentlich auf die vor allem von den westeuropäischen Kirchen seit den 80er Jahren geübte Kritik an der *Ostpolitik* des Ökumenischen Rates mit einem Rechtfertigungsversuch reagiert. Das Prinzip, in politischen Fragen wie etwa der Menschenrechte in Osteuropa nur mit offiziellen Kirchenvertretern zusammenzuarbeiten, habe den Kirchen in den sozialistischen Staaten geholfen, heißt es in einem an alle Mitgliedskirchen des ÖRK gerichteten Brief. Jedoch hätten diese Kontakte mit den Offiziellen zugleich den Zugang zu den Dissidenten in den Kirchen begrenzt. Der Exekutivsausschuß hatte die beiden höchsten Vertreter des

ÖRK zur Stellungnahme aufgefordert, nachdem zahlreiche Berichte über die Zusammenarbeit von Kirchenführern in Osteuropa mit den Geheimdiensten veröffentlicht worden waren.

Die *Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe* fordert in einem an die Bundesregierung, die Parteien und die Repräsentanten der evangelischen Kirche gerichteten Appell die *Evangelische Konferenz für Gefängnis- und Seelsorge*. Die Schwere der Schuld könne nicht allein durch die Dauer der Strafe abgegolten werden. Die lebenszerstörende Freiheitsstrafe mache im Grunde jede Lebens- und Vollzugsplanung unmöglich, da die tatsächliche Straflänge für die Verurteilten ungewiß sei. Diese Planung, so die evangelischen Gefängnispfarrer weiter, sei jedoch ein wesentlicher Bestandteil des heutigen auf Resozialisierung und Wiedereingliederung ausgerichteten Strafvollzugs.

Die Synode der äthiopisch-orthodoxen Kirche hat Abuna *Paulos Ghebre-Johannes* zu ihrem neuen Patriarchen gewählt. Er tritt damit die Nachfolge des wegen seiner Kontakte zum früheren kommunistischen Mengistu-Regime umstrittenen Patriarchen *Merkorios* an. Im Vorfeld der Neuwahl war dabei unklar, inwieweit die neue Regierung des Landes Merkorios zu dem von ihm selbst bestrittenen Rücktritt gedrängt hatte und ob dabei auch ethnische Konflikte eine Rolle gespielt haben: Sowohl die Regierung als auch jene Bischöfe, die die Neuwahl des Kirchenoberhauptes betrieben haben, stammen aus Tigre, während der bisherige Patriarch und die gestürzte Regierung Amharen waren. Vermutlich über die Hälfte der rund 48 Millionen Einwohner Äthiopiens gehören der äthiopisch-orthodoxen Kirche an.

Die *kubanische Verfassung* enthält jetzt eine Garantie der *Religionsfreiheit*. Mitte Juli verabschiedete der Volkskongreß eine umfassende Revision der kubanischen Verfassung, die 77 von insgesamt 141 Artikeln betrifft. Im neuen Artikel der Verfassung heißt es: „Der Staat anerkennt, respektiert und garantiert die Freiheit der Religion.“ Bereits im letzten Oktober hatte die Kommunistische Partei Kubas beschlossen, künftig auch Gläubige als Mitglieder zuzulassen. Die jetzige Verfassungsrevision wurde von der kubanischen Bischofskonferenz begrüßt. Die Kirche hoffe, so die entsprechende Erklärung der Bischöfe, daß es nicht zu Diskrepanzen zwischen dem Gesetzestext und der täglichen Praxis komme.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe ist eine Verlegerbeilage beigelegt.